



DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT MAI 2023, AUSGABE 144

Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen und Experten die aktuelle Rechtsprechung.

ARBEITSRECHT

Bundespersonalrecht, fristlose Kündigung SBB

Gerhard Hauser

Dem öffentlichen Arbeitgeber wird für den Entscheid über eine fristlose Entlassung mehr Zeit zugestanden als dem privaten, dem ein paar wenige Tage genügen müssen. In diesem Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts konnte die SBB erst ein knappes Jahr nach dem Anfangsverdacht einer Straftat die fristlose Entlassung verfügen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesverwaltungsgerichts [A-4618/2021](#) vom 18. April 2023

Publiziert am 31. Mai 2023

ERBRECHT

Ausgleichungsrechtlicher Durchgriff (und erbvertragliche Unternehmensnachfolgeregelung)

Stefan Birrer

Ausnahmsweise und unter bestimmten Voraussetzungen kann vom Grundsatz, dass die rechtliche Selbständigkeit juristischer Personen zu beachten ist, abgewichen werden. Damit können Zuwendungen, welche nicht direkt vom Erblasser oder nicht direkt an einen Erben, sondern von einer dazwischenstehenden juristischen Person oder an eine solche geleistet werden, u.U. der Ausgleichung unterliegen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_425/2020](#) vom 15. Dezember 2022, zur Publikation vorgesehen

Publiziert am 31. Mai 2023

Absetzung des Willensvollstreckers wegen heimlichen Honorarvorschüssen

Alexandra Hirt

Der Bezug von Honorarvorschüssen ohne vorgängige Information der Erben oder des Co-Willensvollstreckers kann eine schwere Verletzung der Amtspflichten sein. In Anbetracht der Umstände des konkreten Falles und insbesondere wegen des Vertrauensverlusts war die Absetzung des Willensvollstreckers deshalb gerechtfertigt.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_183/2022](#) vom 07. Juli 2022

Publiziert am 04. Mai 2023



IMMATERIALGÜTERRECHT

«AI Brain» - betrieblicher Herkunftshinweis oder Gemeingut?

Eine Kurzzusammenfassung von BGer 4A 500/2022

Dario Haux

Das Bundesgericht setzt sich im vorliegenden Urteil intensiv mit den Voraussetzungen des Art. 2 lit. a MSchG (Gemeingut) auseinander und schafft damit in Anbetracht der Marke "AI Brain" eine wichtige Grundlage für Markenanmeldungen im Bereich der sog. Künstlichen Intelligenz (KI/AI). Dabei gehen die Richterinnen und Richter erstens sehr umfassend auf die verschiedenen möglichen Bedeutungen der Marke "AI Brain" in den angemeldeten Klassen ein. Zweitens berücksichtigen sie die vielfältigen Argumente der beiden Parteien und kommen, drittens, dennoch zu einem deutlichen Fazit - das Rechtssicherheit schafft.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_500/2022](#) vom 28. März 2023

Publiziert am 04. Mai 2023

VERTRAGSRECHT

Die Nähe des Vertragspartners als Kriterium für die Opfermitverantwortung?

Deborah Kaderli / Markus Vischer / Dario Galli

In seinem Urteil 5A_71/2022 vom 14. September 2022 entschied das Bundesgericht, dass der Käufer beim Erwerb des Carigiet-Bildes nicht gutgläubig hinsichtlich der Verfügungsmacht der Verkäuferin gewesen sei. Zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses hätte der Käufer abklären müssen, ob seine Grossmutter (d.h. die Verkäuferin) befugt gewesen sei, über das Carigiet-Bild zu verfügen. Auf die Nähe des Käufers zur Verkäuferin komme es in diesem Zusammenhang nicht an.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [5A_71/2022](#) vom 14. September 2022

Publiziert am 19. Mai 2023

Unrichtige Due Diligence-Berichte und ihre Folgen bei einem Unternehmenskauf

Markus Vischer / Dario Galli

In seinem Urteil 4A_480/2021 vom 9. November 2022 äusserte sich das Bundesgericht zu mehreren Fragen im Zusammenhang mit unrichtigen Due Diligence-Berichten bei einem Unternehmenskauf, die für M&A-Anwälte von grossem Interesse sind. Diesen Fragen wird in dieser Urteilsbesprechung kurz nachgegangen.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_480/2021](#) vom 09. November 2022

Publiziert am 05. Mai 2023

Mangelbegriff bei Wohnflächenangaben

Tamara Zeiter / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4A_535/2021 vom 6. Mai 2022 (= Pra 2022, Nr. 81) ermittelte das Bundesgericht mittels subjektiv-objektiver Vertragsauslegung, ob die in der Verkaufsdokumentation zwischen der Käuferin und der Verkäuferin falsche Wohnflächenangabe einen Sachmangel darstellt.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_535/2021](#) vom 06. Mai 2022

Publiziert am 04. Mai 2023

Absichtliche Täuschung über die Grösse der landwirtschaftlichen Nutzfläche

Aurora Meier / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil 4D_73/2021 vom 2. November 2022 verneinte das Bundesgericht, dass der Verkäufer den Käufer über die Grösse der landwirtschaftlichen Nutzfläche der verkauften Grundstücke getäuscht habe. Dabei prüfte das Bundesgericht interessanterweise nicht, ob die verkauften Grundstücke einen Qualitäts- und Quantitätsmangel aufwiesen, sondern ging stillschweigend vom Vorliegen eines Sachmangels aus.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4D_73/2021](#) vom 02. November 2022
Publiziert am 02. Mai 2023



ZIVILPROZESSRECHT

Präzisierte Unterscheidung zwischen Teil- und Zwischenentscheid

Philipp Estermann / Laura Rufer

In BGE 146 III 254 vertieft das Bundesgericht die Unterscheidung zwischen Teil- und Zwischenentscheid bei eventualgehäuften Rechtsbegehren und präzisiert seine bisherige Rechtsprechung. Insbesondere ist ein Entscheid nur als Teilentscheid anzusehen, wenn über noch nicht beurteilte Rechtsbegehren in einem eigenständigen Verfahren unabhängig von den bereits beurteilten Rechtsbegehren entschieden werden könnte - die selbständige eröffnete Abweisung eines Hauptbegehrens bei Vorliegen von Eventualbegehren erfüllt diese Anforderungen nicht und stellt einen Zwischenentscheid dar.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A_203/2019](#) vom 11. Mai 2020, zur Publikation vorgesehen

Publiziert am 11. Mai 2023

Die aktuellsten juristischen Neuigkeiten werden Ihnen in den Blogs kompakt zusammengefasst.

ARBEITSRECHT

Belästigendes Verhalten sexueller Natur am Arbeitsplatz

Nicolas Facincani

Fehlender sachlicher Kündigungsgrund macht Kündigung nicht richtig (öff. Personalrecht)

Nicolas Facincani

FAMILIEN- UND PERSONENRECHT

Zur Zumutbarkeit beim Volljährigenunterhalt

Jean-Michel Ludin

Le port du bracelet électronique et la liberté personnelle

Margaux Collaud



GESELLSCHAFTSRECHT UND FINANZMARKTRECHT

Pratique de la FINMA et pouvoir de cognition du juge
Vaïk Müller

Le TF confirme (à nouveau) une interdiction d'exercer de 3 ans
Guillaume Braidi

GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Spectacle humoristique à relents négationnistes punissables : des propos contraires aux valeurs de la CEDH ne bénéficient pas de la protection de la liberté d'expression
Camille Montavon

IPR/IZPR UND ARBITRATION

Swiss Supreme Court finds nexus to Switzerland required for enforcement of ICSID award against foreign state assets
Anya George / Letícia Morais

ÖFFENTLICHES VERFAHRENSRECHT UND VERWALTUNGSRECHT

L'interdiction partielle de la mendicité à Bâle-Ville
Arnaud Lambelet

Le recours au Tribunal fédéral contre l'annulation d'une loi cantonale par une cour constitutionnelle cantonale
Tobias Sievert

La preuve de l'opposition envoyée par courriel
Victor Sellier

La restriction d'accès aux activités d'enseignement et de recherche en temps de COVID-19
Arnaud Lambelet

L'interdiction des chauffages électriques et la garantie de la propriété
Camille de Salis



STRAFRECHT

Le prévenu ne peut pas retirer son opposition si le Ministère public rend une nouvelle ordonnance pénale ou s'il porte l'accusation devant le tribunal

Mona Rhouma

Refus d'une nouvelle audition d'enfants dans le cadre d'une affaire d'abus sexuels et préjudice irréparable (art. 394 let. b CPP)

Hélène Rodriguez-Vigouroux

Écoutes téléphoniques : une durée de 17 mois pour requérir l'autorisation d'une découverte fortuite est largement excessive, même si le délai de 24 heures est une prescription d'ordre

Ryan Gauderon

Pas de thérapie par électrochocs sous la contrainte

Alexandre Guisan

Le secret d'avocat dans le cadre d'une enquête interne au sein d'une banque

Ariane Legler

ZIVILPROZESSRECHT

Keine Anwendbarkeit von Art. 256 Abs. 2 ZPO auf das Verfahren um Anerkennung eines ausländischen Konkursdekrets

Stéphanie Oneyser

EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welche einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten.
Die Besprechungen sind über einen Zitiervorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Abonentinnen und Abonnenten "digitaler Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK)": 8059

Information und Impressum:

info@weblaw.ch | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995. Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<https://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Schwarzerstrasse 22 | 3007 Bern
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | info@weblaw.ch

